

Herrn Bürgermeister
Dirk Haarmann

Per E-Mail: fraktionsantraege@voerde.de

17.12.2024

Antrag: Nutzung der Opt-Out-Lösung für die Bezahlkarte durch die Stadt Voerde

Sehr geehrter Bürgermeister,

die UV beantragt:

Die Stadt Voerde soll von der Opt-Out-Regel bei der Bezahlkarte für Asyl-Leistungen Gebrauch machen.

Begründung:

Erste Städte in Deutschland, Potsdam, und auch NRW, Münster, haben bereits angekündigt, von der neuen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Bezahlkarte für Leistungen im Asyl-Bereich nicht einzuführen. Für NRW ist das mit der DS 18/10926 als Gesetzesvorschlag eingebracht worden.¹

Die Bezahlkarte verursacht hohe Aufwände, die letztlich alle Bürger*innen zu tragen haben:

- Verwaltungsaufwände in den Kommunen
- Verwaltungsaufwände in den Landesmittelbehörden
- Hohe Kosten durch Zahlungen an die Kartenanbieter

Dem steht kein Nutzen gegenüber. Im Gegenteil:

- Das häufig gebrachte Argument, dass massenhaft Geld ins Ausland geschafft würde, ist mehrfach widerlegt.²
- Es wird der § 14 BbankG unterlaufen, nachdem **nur** die Euronoten gesetzliches Zahlungsmittel und daher immer zu akzeptieren sind.
- Es wird in die Berufsfreiheit von Unternehmer*innen eingegriffen, die für jede Transaktion erhebliche Gebühren zu bezahlen haben. Was vor allem bei preisgebundenen Waren, kleinen Transaktions-Werten und Waren mit geringer Gewinnspanne zu einer Unwirtschaftlichkeit führt, die letztlich dazu führen müsste, Kunden und Transaktionen abzulehnen.

¹ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-10926.pdf>

² <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-12/migration-gefluechtete-ueberweisungen-ausland-studie>

- Nutzenden wird die Möglichkeit genommen, anonym Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen oder Waren zu erwerben. Jede einzelne Handlung wird nachvollziehbar protokolliert werden!

Selbst die offizielle Website des Bundes kann nur 2 Vorteile aufführen, die die Bezahlkarte habe und die beide bereits weiter oben widerlegt wurden.³

Tatsächlich ist die Bezahlkarte ein vor allem von konservativen Politiker*innen gefordertes Bürokratiemonster, dass Menschen in ihrer Freiheit einschränken wird, ohne dass es hierfür berechnete Gründe gibt. Während zugleich hohe Aufwände und Kosten entstehen.

Und schon jetzt ist klar, dass es sich letztlich um einen Türöffner handelt. Denn es werden bereits erste Forderungen laut, diese Gängelung auch auf die Bezieher*innen von Grundsicherung auszuweiten.⁴

In der Summe bleibt festzustellen,

- dass durch die Bezahlkarte die Freiheit von Menschen eingeschränkt werden soll;
- die großen Gewinner die Karten-ausgebenden Stellen sind, die sich über die Gebühren für Karten und Transaktionen freuen dürfen;
- Händler*innen mit den Transaktionskosten belegt werden, ohne auf das gesetzliche Zahlungsmittel ausweichen zu können;
- es sich bei der Bezahlkarte für Flüchtlinge um einen Pilotversuch handelt, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu führt, weitere Bevölkerungsgruppen einzuschränken.

Daher ist Voerde gefordert, in der Tradition einer Stadt die stets das soziale Miteinander gefördert und das Beste für **alle** Einwohner*innen, gleich ob Bürger*innen oder geflüchtete Menschen, zu erreichen versucht, die Einführung abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Meiners

Fraktionsvorsitzender

³ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bezahlkarte-fluechtlinge-2263574>

⁴ <https://www.buergergeld.org/news/bezahlkarte-fuer-buergergeld-von-cdu-abgeordneten-gefordert/>